

Die Linke.Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Kölner Bürgerbündnis, Gruppe im Rat der Stadt Köln

Köln, 28.11.2006

Sitzung des Rates der Stadt Köln am 14. Dezember 2006,
Antrag gemäß § 3 der Geschäftsordnung;
hier: *Info-, Beratungs- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus*

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Rates zu setzen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt den Aufbau einer Info-, Beratungs- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus mit dem Schwerpunkt Präventionsarbeit an den Kölner Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen.

– Die Verwaltung wird gebeten, umgehend 80.000 Euro jährlich für den Aufbau einer solchen Stelle unter Federführung des Runden Tisches für Integration und in Zusammenarbeit mit Arsch huh und dem Jugendclub Courage zu akquirieren bzw. bereit zu stellen.

– Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig eine Bewerbung dieses Projektes für das 2007er Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ abzugeben.

Begründung:

Rechtsextreme Demagogen schüren Hass, Zwietracht und verbreiten menschenverachtende Ideologien in Köln. Gezielt werden Themen der Integrationspolitik aufgegriffen, wobei Fakten verdreht und Lügen verbreitet werden. Ihr Ziel ist es, breite Schichten der Kölner Bevölkerung zu stigmatisieren und sie in der Öffentlichkeit zu isolieren.

Skrupellos missbrauchen Rechtsextreme angesehene Kölner Einrichtungen, um in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, sie gehören zum demokratischen Spektrum dieser Stadt.

Bestürzung gibt es bei Lehrerinnen, Lehrern und Sozialarbeitern, weil sich rechtsextreme Kräfte auch an den Schulen und in Jugendeinrichtungen nicht unter dem Klischee des „Nazi-Skinheads“, sondern mit getarnter rassistischer und antisemitischer Propaganda breit machen wollen.

Der Protest und Unmut gegen die rechtsextreme und neonazistische Szene wird in Köln immer größer und fordert auch den Rat der Stadt Köln zum Handeln.

Ziel der Info-, Beratungs- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus ist es, Aktivitäten und Aufklärungsarbeit insbesondere an den Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen zu unterstützen, zu begleiten und mit aktuellen Informationen und Hintergrundmaterial zu versorgen. Sie soll folgendes leisten:

- Beratung für Lehrerinnen, Lehrer und andere Multiplikatoren
- Erstellung einer Handreichung zum Thema „Rechtsextremismus in Köln“
- Erstellung einer Broschüre zum Thema „Handlungsmöglichkeiten gegen Rechts“
- Erstellung von Modulen für den Einsatz im Unterricht
- Durchführung pädagogischer Maßnahmen in Schulen und Jugendzentren
- Durchführung von Workshops und Präventionskursen
- Erstellung einer Website, auf der aktuelle Berichte mit genanntem thematischem Fokus eingestellt werden. Auf der Website kann auch ein Forum für MultiplikatorInnen und Jugendliche eingerichtet werden.
- Durchführung eines Wettbewerbs an Kölner Schulen und Prämierung der besten Projekte gegen Rechtsextremismus. So können Jugendliche zur Auseinandersetzung mit dem Thema motiviert werden.
- Informationen zum Thema sammeln, dokumentieren und aufbereiten

Die Info-, Beratungs- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus soll ein Gemeinschaftsprojekt des Runden Tisches für Integration, Arsch huh Zäng ussenander und dem Jugendclub Courage werden. Die drei Organisationen setzen

sich seit vielen Jahren immer wieder auf qualitativ hohem Niveau gegen Rechtsextremismus und Rassismus ein. Die dort versammelten Kompetenzen könnten im Sinne der Nachhaltigkeit genutzt werden. Alle drei Organisationen haben sich bereit erklärt, an einem solchen Projekt mitzuwirken.

Um Qualitätskontrolle zu gewährleisten, soll die Arbeit jährlich evaluiert und im Schul- sowie Jugendhilfeausschuss diskutiert werden.

Die Info-, Beratungs- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus kann nur ein kleiner Beitrag und Anstoß im Kampf gegen den Rechtsextremismus sein. Entscheidend ist, dass sich noch mehr Kölnerinnen und Kölner gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Islamphobie und Antisemitismus wenden.

Mit dem Programm der Bundesregierung „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ für 2007 sollen „lokale Aktionspläne in kommunaler Verantwortung“ gefördert werden. Die Chance, solche Mittel zu beantragen, sollte unbedingt wahrgenommen werden.

Mit freundlichen Grüßen